Dr. Alexander S. Neu

2 Jahre Bundestag - eine Halbzeitbilanz

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

wir haben Halbzeit. Das heißt, zwei bewegte und bewegende Jahre als Abgeordneter des Deutschen Bundestages liegen bereits hinter mir und mindestens zwei weitere werden wohl noch folgen. Ein guter Zeitpunkt, um eine erste Bilanz zu ziehen. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie spannend der Wahlabend am 22.September 2013 war und wie ich schließlich realisierte, dass ich nun wirklich bald Mitglied des Deutschen Bundestages für den Rhein-Sieg-Kreis in der Fraktion DIE LINKE sein würde. Bald darauf zog ich aus meinem Referentenbüro aus und gemeinsam mit meinen MitarbeiterInnen in unser Bundestagsbüro um, und dann ging es auch schon los. Meine thematischen Schwerpunkte sind die internationalen Beziehungen bzw. die Friedenspolitik. So war es nur folgerichtig, dass ich mich für die Arbeit im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages entschied. Dort bin ich Obmann und mache mich nunmehr seit zwei Jahren gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen Rüstungsexporte und für eine friedlichere Außen- und Sicherheitspolitik stark. Ich will nicht verschweigen, dass es dabei manchmal auch frustrierend ist, als kleine Oppositionsfraktion manche Missstände, falsche Entscheidungen der Bundesregierug und Ungerechtigkeiten nicht verhindern zu können. Auch damit musste ich lernen umzugehen. Aber gerade deshalb ist es wichtig, weiterhin eine offensive Oppositionspolitik innerhalb und außerhalb des Parlaments und an der Seite der Bewegungen zu verfolgen. Nur so können wir etwas verändern.

Die letzten beiden Jahre waren politisch mehr als turbulent. Griechenland, die Ukraine-Krise, die aktuelle Flüchtlingswelle und diverse Kapriolen der Bundeswehr bestimmten meine politische Arbeit in Berlin. In meinem Wahlkreis beschäftigten mich vor allem das Berlin/ Bonn-Gesetz, die schlechte medizinische Versorgung, vor allem die Situation der Krankenhäuser vor Ort sowie einige Jugendamtsfälle, bei denen ich mich engagierte.

Mit dieser Halbzeitbilanz möchte ich den Bürgerinnen- und Bürgern sowie den Genossinnen und Genossen, welche mich ins Parlament entsendet haben, einen Einblick in meine Arbeit geben. Natürlich kann diese Zusammenstellung nur einen Bruchteil dessen abbilden, was in den letzten beiden Jahren geschehen ist. Daher verstehe ich dieses Dokument auch eher als ein Gesprächsangebot für alle, die an linker Politik interessiert sind.

Ihr/ Euer Alexander S. Neu

Wir sitzen auf einem Pulverfass

Zum ersten Mal seit dem Ende des 2. Weltkrieges befinden wir uns heute wieder in einer Situation, in der der Weltfrieden insgesamt massiv bedroht ist. Ob in Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen oder zahlreichen afrikanischen Staaten – überall herrschen Kriege, bewaffnete Unruhen und Bürgerkriege. Mit dem Ukraine Konflikt LINK haben wir sogar zum ersten Mal wieder eine bewaffnete Auseinandersetzung auf dem europäischen Kontinent. Das Verhältnis zu Russland ist so schlecht, wie schon lange nicht mehr. Eine äußerst besorgniserregende Situation, vor allem angesichts der Tatsache, dass Deutschland durch Auslandseinsätze der Bundeswehr und Rüstungsexporte an vielen dieser Kriege direkt oder indirekt beteiligt ist und die Bundesregierung mit ihrer Außen- und Sicherheitspolitik mit zur Entstehung neuer Konflikte beiträgt. Nach 1945 hieß es: „Von Deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen“. Leider hat sich die deutsche Außenpolitik davon schon längst distanziert. Derzeit befindet sich die Bundeswehr in 16 Auslandseinsätzen weltweit, an denen mehr als 2.700 deutsche Soldatinnen und Soldaten beteiligt sind. Schaut man sich die derzeitige Ausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik sowie den Verteidigungshaushalt an, so habe ich wenig Hoffnung, dass die derzeitige Regierung in den nächsten Jahren daran etwas ändern wird. Umso wichtiger ist ein LINKES Gegengewicht.

Weltweit sind derzeit 60 Millionen (!) Menschen auf der Flucht. Hauptgrund dafür sind Kriege und gewaltsame Konflikte, die es den Menschen unmöglich machen in ihren Heimatländern zu bleiben. Flucht bleibt häufig der einzige Ausweg aus einem Leben in ständiger Bedrohung. Schuld daran sind nicht zuletzt westliche Staaten, die unter Führung der USA ganze Regionen destabilisiert und damit das Erstarken von terroristischen Vereinigungen wie dem sog. Islamischen Staat (IS) erst möglich gemacht haben. Deutschland ist als drittgrößter Waffenexporteur weltweit und mit dem achtgrößten Militärhaushalt der Welt aktiv an dieser fatalen Entwicklung beteiligt.

Gerade wurde von der EU die zweite Stufe des Einsatzes EUNAVFOR MED (mittlerweile zynisch auch „Operation Sophia“ genannt) im Mittelmeer gestartet. Eine Mission, mit deren Hilfe Schleuserbanden mit militärischen Mitteln daran gehindert werden sollen, verzweifelte Menschen nach Europa zu bringen. Dies ist absolut falsch, kurzsichtig und menschenverachtend gedacht, denn es wird letztendlich nur dazu führen, dass noch waghalsigere Fluchtrouten gewählt werden, die noch mehr Menschen das Leben kosten. Statt eines Militäreinsatzes brauchen wir legale und sichere Einreisewege für Flüchtlinge nach Europa. Es müssen endlich die Fluchtursachen bekämpft werden, nicht die Flüchtlinge.

Auszüge aus meiner Bundestagsrede zu EUNAFVOR MED vom 01.10.2015

„Die zur Beratung anstehende Mission EUNAVFOR MED ist keine Ursachenbekämpfung, noch nicht einmal in Ansätzen. EUNAVFOR MED ist lediglich und ausschließlich Symptombekämpfung. Man hat den Eindruck, dass es unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten günstiger ist, eine Symptombekämpfung vorzunehmen, als das westliche Wirtschaftssystem, den Neoliberalismus, zu einem solidarischen Wirtschaftssystem auf globaler Ebene umzubauen.“ (...)

„Die Seenotrettung wird gewissermaßen abgetan mit dem Hinweis: Das ist eine völkerrechtliche Verpflichtung; das muss man nicht als Ziel formulieren. Ich frage: Warum denn nicht? Warum keine Aufwertung der Seenotrettung als Ziel in dem Antrag? (...) Die Aussagen über Seenotrettung, die in den letzten Wochen in den Vordergrund geschoben wurden, erscheinen vor diesem Hintergrund eher als Propagandatrick. Die Flüchtlingsrettung ist weder prioritäres Ziel noch überhaupt ein Ziel von EUNAVFOR MED.“ (...)

„Erstens: EUNAVFOR MED ist Symptombekämpfung und kein Beitrag zur Ursachenbekämpfung. Die Flüchtlinge werden auf anderen Wegen nach Europa kommen, wenn die Ursachen ihrer Flucht nicht bekämpft werden. Zweitens: EUNAVFOR MED bedient sich einer humanitären Rhetorik, um öffentliche Zustimmung zu gewinnen. Das tatsächliche Ziel ist es, Flüchtlinge davon abzuhalten, nach Europa zu kommen; darin eingeschlossen ist auch die Umleitung der Schiffe zurück in Richtung Afrika.
Drittens: Die Mission EUNAVFOR MED soll in „Sophia“ umbenannt werden. Sophia ist ein Mädchen, das am 24. August auf einer deutschen Fregatte im Mittelmeer geboren wurde. Angesichts dessen, was der wirkliche Zweck dieser Mission ist, finde ich es wirklich pietätlos, diese Mission in „Sophia“ umzubenennen.
Ich habe ein Problem mit dem Zynismus der Politik der Bundesregierung und der Europäischen Union im Umgang mit Flüchtlingen. Daher lehnen wir den Antrag der Bundesregierung ab.“

Schluss mit dem Drohnenkrieg

Ein weiteres meiner Schwerpunktthemen ist die Drohnenfrage und damit verbunden die Nutzung der in der Pfalz gelegenen US-Airbase Ramstein für den völkerrechtswidrigen amerikanischen Drohnenkrieg. Auch das Verteidigungsministerium plant derzeit, bewaffnungsfähige Kampfdrohnen für die Bundeswehr anzuschaffen und das, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung strikt dagegen ist. Drohnen stehen für die Entgrenzung der Kriegführung. Weil sie ferngesteuert werden, minimieren sie das Einsatzrisiko für PilotInnen und damit auch für die Regierungen, die Drohnen einsetzen und die blutige Realität des Krieges vor den Augen der Bevölkerung verbergen wollen. Staaten und Militärs, die über Distanzwaffen verfügen, werden immer schneller zur militärischen Reaktion auf politische Konflikte übergehen. Drohnen sind alles andere als - wie gern behauptet- „chirurgisch präzise“, „saubere“ Waffensysteme. Ihr Einsatz geht einher mit einer großen Zahl ziviler Opfer. Ich setzte mich daher weiter für einen Stopp der geplanten Beschaffungsprogramme und für die völkerrechtliche Ächtung von Kampfdrohnen ein. Meine Kollegin Annette Groth und ich haben im September 2015 eine Broschüre mit dem Titel „Gezielte Tötungen – Lizenz zum Mord?“ herausgegeben, die sich mit der eben angesprochenen Problematik beschäftigt.

DIE LINKE sagt OXI

Kaum ein anderes Thema hat uns in den letzten beiden Jahren so in Atem gehalten, wie die Griechenland-Krise. Die von Merkel und der Troika (EU, EZB, IWF) erzwungene Kürzungspolitik hat in Griechenland Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit, Armut und sogar Hunger gestürzt. Banken wurden mit millionenschweren Hilfspaketen gerettet, die Griechinnen und Griechen mussten die Zeche zahlen.

Anfang 2015 keimte Hoffnung auf: das Linksbündnis Syriza hatte gute Chancen bei der anstehenden Wahl und schaffte es tatsächlich (leider gemeinsam mit der rechtspopulistischen ANEL) die Regierung zu stellen. Entsprechend war auch die Stimmung auf den Straßen: entschlossen, optimistisch und teilweise sogar euphorisch ob der in Aussicht gestellten wirklichen Veränderungen. Doch es sollte anders kommen. Gewiss, Syriza hat Dinge verändert und auch verbessert, aber am großen Ziel, die Austeritätspolitik gegen Griechenland zu beenden, ist die Regierung um Ministerpräsident Tsipras gescheitert. Erpresst von der Europäischen Zentralbank, die Griechenland den Geldhahn zugedreht hatte und bedroht von Finanzminister Wolfgang Schäuble, der einen Grexit durchsetzen wollte, akzeptierte Tsipras schließlich ein weiteres Kürzungsdiktat, das neuen Kahlschlag, noch drückendere Schulden und den Ausverkauf von öffentlichem Eigentum mit sich bringen wird.

Zwar wird Griechenland auch nach den Neuwahlen im September 2015 von Syriza mit Ministerpräsident Tsipras regiert, die ursprüngliche Aufbruchstimmung ist jedoch Ernüchterung und Resignation gewichen.

Wie soll es nun weiter gehen und welche Lehren müssen wir daraus ziehen? Die LINKE in Deutschland wird sich auch weiterhin am europaweiten Kampf gegen Austerität und für eine EU der sozialen Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Vernunft beteiligen. In einer EU, die wenige Konzerne, Großbanken und Superreiche immer reicher macht und dafür den Sozialstaat kaputt kürzt und Armut stetig vermehrt, ist es Aufgabe der LINKEN, konkrete Handlungsalternativen aufzuzeigen.

Frieden in Europa ist nur mit Russland möglich

Seit nunmehr zwei Jahren schwelt der Konflikt in und um die Ukraine. Und er wird noch immer weiter angefeuert. NATO, EU und USA destabilisieren das Land aufgrund stategischer Interessen und Russland nimmt das Vordringen der NATO Richtung Osten als Bedrohung wahr. Aus den ursprünglichen Protesten gegen gegen eine undemokratische, korrupte ukrainische Regierung und die schlechten sozialen Verhältnisse, wurden rasch gewaltsame Auseinandersetzungen - geschürt und instrumentalisiert von den USA und der EU. Faschistische Kräfte konnten die Gunst der Stunde nutzen, wurden Teil der Übergangsregierung und gingen und gehen gewaltsam gegen Andersdenkende, vor allem Linke und GewerkschafterInnen vor. Trauriger Höhepunkt war das im Mai 2014 in Brand gesetzte Gewerkschaftshaus in Odessa. Bei diesem feigen Anschlag rechter Kräfte starben 48 Menschen.
In den Medien wurde von Beginn der Maidanproteste an - und erst recht nach der Sezession der Krim - einzig Russland als Aggressor dargestellt und der Eskalation des Konfliktes beschuldigt. Den so genannten „Prorussischen Separatisten“ wird vorgeworfen, den Konflikt weiter zu schüren und Friedensbemühungen zu unterlaufen. Zudem werden sie auch beschuldigt, den Flug MH17 der Malaysia Airlines am 17. Juli 2014 über der Ukraine abgeschossen zu haben, bei dem 298 Menschen starben. Bis zum heutigen Tag konnten die genauen Umstände des Absturzes nicht geklärt werden. Dies führt dazu, dass sich die ukrainische und die russische Seite gegenseitig auch weiterhin die Schuld in die Schuhe schieben, was den ohnehin schwelenden Konflikt noch weiter anheizt.
Die Antwort der deutschen Politik und Medien war die Forderung und Umsetzung von wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland, da Russland sich nicht genügend bemühen würde, den Konflikt einzudämmen. Jedoch wird weder die Welt noch Europa sicherer und friedlicher werden, wenn wir weiterhin auf eine Politik der Sanktionen und der Dialogverweigerung mit der russischen Führung setzen. Im Wesentlichen geht es im Ukraine Konflikt um strategische und ökonomische Einflussräume. Dafür, dass Deutschland bei diesem Spiel mitmachen darf- und durchaus eigene Interessen dabei verfolgt-, muss es sich dem Einfluss der NATO und damit den die NATO dominierenden USA unterordnen. Die Bundesregierung muss daher in der Ukrainepolitik (aber nicht nur da) aus dem Schatten der US-Interessen heraustreten. Einseitige Schritte ohne Russland, wie das geplante Inkrafttreten des wirtschaftlichen Teils des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU zum 01.01.2016, müssen gestoppt werden. Ein dauerhafter und stabiler Frieden in Europa ist nur mit - und nicht gegen Russland möglich.

Wir brauchen ein soziales und friedliches Europa von unten

Ich habe mich in den letzten beiden Jahren mehrfach an Aktionen des Bündnisses Blockupy beteiligt. Blockupy ist Teil eines europaweiten Netzwerkes vieler Bewegungen, Parteien und Flüchtlingsinitiativen aus Italien, Spanien, Griechenland, Deutschland und anderen Ländern, die Widerstand gegen das europäische Krisenregime leisten. Zusammen soll eine europäische Bewegung geschaffen werden, die die Macht der Austeritätspolitik überwindet und damit beginnt, Demokratie und Solidarität von unten aufzubauen.
Unter anderem habe ich am 18. März 2015 in Frankfurt/-Main an den Blockupy-Protesten gegen die Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) teilgenommen. Die EZB ist mitverantwortlich für die Sparmaßnahmen der Troika, die in vielen Staaten Europas seit Jahren Elend verursachen. Am 18. März haben sich daher zehntausende Menschen dort versammelt, um mit vielfältigen Aktionen gegen die Austeritätspolitik der EU zu protestieren und sich mit der krisengebeutelten Bevölkerung Europas zu solidarisieren. Ein starkes und positives Signal, welches allerdings durch einige gewaltsame Protestaktionen etwas getrübt wurde, denn die Medien haben - wie leider üblich - fast nur darüber berichtet. Der friedliche, bunte und kreative Protest von gut 50.000 Menschen und die politischen Inhalte gingen dabei leider ziemlich unter.
Dennoch hat Blockupy in den letzten Jahren gezeigt, dass sich Widerstand lohnt und dringend notwendig ist. Ich werde Blockupy daher auch weiterhin unterstützen, denn: In Zeiten, in denen wir in den meisten Ländern Europas einen Angriff auf Löhne, Sozialstaat und Demokratie erleben, in denen die Bevölkerung für die Rettung der Banken und zur Bewältigung der Krisenkosten herangezogen wird und ein Krieg in Europa leider so wahrscheinlich ist, wie schon lange nicht mehr, ist es wichtig, dass es einen gemeinsamen Protest gibt, damit die Menschen in den Krisenländern merken, dass sie nicht allein sind. Wir brauchen kein Europa von oben, sondern ein soziales und friedliches Europa von unten.

Ich übernachte gern mit Ihnen in einer Jugendherberge, Herr Ischinger

Die jährlich stattfindende Münchener Sicherheitskonferenz ist ein Treffen von vornehmlich westlichen Außen- und Sicherheitspolitikern, Militärs, Rüstungslobbyisten und Wirtschaftsvertretern, die über die Gestaltung der globalen Sicherheit diskutieren. Kurz zusammengefasst: ein Kriegstreibertreffen.
Dennoch habe ich mich in der Vergangenheit dazu entschlossen an dieser Konferenz teilzunehmen, um selbst zu hören, was dort besprochen wird. Aber als noch wichtiger erachte ich es, dann nach draußen zu gehen, an den Protestveranstaltungen teilzunehmen und die gewonnenen Erkenntnisse zu teilen und letztendlich für die eigene Arbeit und gegen die selbsternannten „Weltherrscher“ zu nutzen.

Auszug aus meiner Presseerklärung vom 29.01.2015 als Reaktion auf W. Ischingers Forderung, ich solle nicht auf Steuerzahlerkosten im Veranstaltungshotel nächtigen, wenn ich Kritik an der Konferenz übe:
„Es ist mein Recht, mich als ordentlich gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages kritisch und ablehnend zu dem Charakter dieser steuerfinanzierten Konferenz zu äußern. Die Menschen in Deutschland sprechen sich mehrheitlich gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr aus. Diese Menschen brauchen

eine parlamentarische Stimme. Ich muss mich daher auch nicht von Herrn Ischinger maßregeln lassen. Meine Teilnahme an der Konferenz stellt keinen Widerspruch zu meiner Kritik dar. Es ist wichtig, sich direkt vor Ort, d.h. auf der Konferenz, unmittelbar über die Debatte und die Stimmung zu informieren und auch ggf. andere, abweichende Positionen einzubringen. Das nennt man schlicht und einfach Demokratie.
Herr Ischinger, sollten Sie Probleme mit dem europäischen Kernwert Demokratie und mit demokratischen Debatten haben, so sollten wir darüber reden. Ich scheue diese Auseinandersetzung nicht. Der Aufforderung Wolfgang Ischingers, in einer Jugendherberge zu übernachten, komme ich gern nach, unter der Bedingung dass er gemeinsam mit mir dort nächtigt.“

Außerparlamentarische Ebene stärken!

Als einen besonders wichtigen Apekt meiner Tätigkeit als MdB empfinde ich es, an der Seite der sozialen Bewegungen, vor allem aber der Friedensbewegung, zu stehen und auf Missstände öffentlich aufmerksam zu machen. Denn auch die parlamentarischen Möglichkeiten der LINKEN hängen in erster Linie davon ab, ob und wie stark sich in der Gesellschaft politischer Druck durch die Bewegungen entwickelt und wie es uns dann gemeinsam gelingt, diesen Druck zu nutzen, um Dinge zu verändern.

Auch deshalb habe ich in den letzten beiden Jahren an zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und Protestveranstaltungen teilgenommen und mich aktiv, z.B durch Redebeiträge, eingebracht. Besonders überwältigend war die Anti-TTIP Demonstration in Berlin am 10.Oktober 2015, bei der weit mehr als 250.000 Menschen auf die Straße gingen, um für Demokratie und einen gerechten Welthandel einzustehen. Es war die größte Demonstration seit über 10 Jahren in Deutschland und zeigt, dass die Menschen in diesem Land längst nicht bereit sind, alles widerstandslos hinzunehmen. Ganz besonders am Herzen liegen mir die Demos der Friedensbewegung. Hier habe ich mich zum Beispiel an verschiedenen Aktionen gegen Bundeswehreinsätze sowie gegen den NATO Stützpunkt in Kalkar und die US-Airbase Ramstein beteiligt.

Reisen bildet...

Als Mitglied des Deutschen Bundestages bin ich auch Mitglied in Parlamentariergruppen (in der Deutsch-Russischen PG, Deutsch-Chinesischen PG und der Deutsch-Südosteuropäischen PG). Mit diesen Gruppen finden in jeder Legislatur mehrfach Delegationsreisen statt, um sich international auszutauschen und Kontakte zu knüpfen. Gerade mit meinem Themenschwerpunkt, der Außen- und Sicherheitspolitik, ist Reisen unerlässlich, um sich vor Ort selbst ein Bild zu machen. So nehme ich auch regelmäßig an Reisen des Verteidigungsausschusses und an Reisen im Rahmen meiner Mitgliedschaft in der IPC GASP/GSV teil. In den letzten beiden Jahren war ich u.a. zwei Mal in Russland sowie in Serbien, Mazedonien und beim Sarajewo Peace Event.

Auszug aus meinem Russland-Reisebericht im Juli 2015:

„Vom 04. bis zum 09. Juli 2015 befand ich mich mit der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages auf einer Delegationsreise in Russland, unter anderem in Novosibirsk und Moskau. Es war das erste Mal seit der Verhängung von Einreiseverboten gegen zwei Bundestagsabgeordnete, dass wieder deutsche Parlamentarier zu Gesprächen in die Russische Föderation reisten. (...)

Am letzten Tag habe ich mich aus der Delegation ausgeklinkt und eine eigene Pressekonferenz initiiert. Hintergrund: In der Regel fragen JournalistInnen den Delegationsleiter. Dieser gibt faktisch für alle die Regierungsposition wieder. Ich wollte indessen gegenüber der russichen Öffentlichkeit deutlich machen, dass es im Deutschen Bundestag eine Fraktion gibt, die abweichend von den übrigen Fraktionen im Hinblick auf den NATO/EU-Russland Konflikt (und genau darum geht es im Kern - die Ukraine ist lediglich der konkrete Ausdruck) eine andere Position vertritt - ohne sich dabei die russische Position zu eigen zu machen. Das mediale Interesse war groß. Immer wieder stand die Frage im Raum (auch bei den politischen GesprächspartnerInnen), warum Deutschland sich von Russland abwende und zum US-Vasallen mache. Deutschland, Europa und Russland könnten - so der einhellige Tenor - gemeinsam eine vielversprechende Zukunft auf Augenhöhe haben. Das mediale Interesse berührte auch die deutsche Berichterstattung über den Ukraine-Konflikt sowie jene über Griechenland. Noch vor der eigentlichen Pressekonferenz hatte ich drei Interviews. Wichtig war mir, dass Russland sowohl in Politik als auch Gesellschaft deutlich wird, dass es DIE deutsche Position nicht gibt, sondern es durchaus heterogener ist. Zumal auch die Gesellschaft dem Regierungskurs mit Blick auf den NATO/EU-Kurs nicht blindlings folgen mag.“

Ausgleichsverhandlungen statt Augenwischerei

Schon seit längerer Zeit wird immer deutlicher, dass die Bundesregierung den Komplettumzug aller Ministerien nach Berlin immer weiter vorantreibt und nun - trotz anders lautender Vereinbarungen im Berlin/Bonn-Gesetz - nun wohl bald abschließen will.
Die ehemals hälftig vereinbarte Arbeitsteilung zwischen der alten Hauptstadt Bonn und der neuen Hauptstadt Berlin besteht schon lange nicht mehr und das Verhältnis verschiebt sich immer weiter zu Gunsten Berlins. Seit einigen Monaten ist ein Arbeitsstab, unter Leitung der Ministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Barbara Hendricks, damit beschäftigt, die konkrete Planung für den endgültigen Umzug aufzustellen. Offiziell wird zwar beschwichtigt, dass sich dieser Umzug über einen Zeitraum von 20 Jahren hinziehen werde und kein Grund zur Aufregung bestehe, aber er ist, wie von mir schon lange gemutmaßt, beschlossene Sache. Dies ist ein massives Problem für Bonn und den gesamten Rhein-Sieg-Kreis.
Die Anfang der 90er Jahre im Zuge des Berlin/Bonn-Gesetzes vereinbarten Ausgleichsmaßnahmen waren ein wesentlicher Faktor dafür, dass die Region den Strukturwandel erfolgreich bewältigen konnte. Wenn jetzt aber die verbliebenen Bundesbehörden ebenfalls nach Berlin ziehen sollten, verschwänden tausende, oft gut dotierte, Arbeitsplätze. Das verkraftet keine Region ohne Blessuren. Schon Anfang 2014 habe ich darauf hingewiesen und mich dafür eingesetzt, dass frühzeitig und ernsthaft über Ausgleichsmaßnahmen für Bonn nachgedacht und diese rechtzeitig ausgehandelt werden, damit der Rhein-Sieg-Kreis mit möglichst wenig Schaden aus dieser Sache herauskommt. Leider wurde das bis heute versäumt. Dabei bringt es zum jetzigen Zeitpunkt nichts mehr, den Kopf in den Sand zu stecken und auf die Einhaltung des Berlin/Bonn Gesetzes zu bestehen. Das Kind ist längst in den Brunnen gefallen. Zwar ist es schon ein Fortschritt, dass nun Gespräche mit dem Arbeitsstab und der Landesregierung gesucht werden sollen, aber dafür braucht es klar definierte Forderungen. Es muss nun schleunigst ein Prozess angestoßen werden, bei dem unter Einbeziehung der Öffentlichkeit festgestellt wird, welche Auswirkungen der Umzug für die Region haben wird und welche Ausgleichsmaßnahmen geeignet wären, diese negativen Folgen abzufedern.
Faire Ausgleichsverhandlungen sind nicht möglich, ohne dass im Vorfeld konkrete Forderungen festgelegt werden. Leider gibt es bisher kaum (bis keine) Bestrebungen in diese Richtung. Es droht die Gefahr, dass diese noch verbliebene Möglichkeit schlichtweg verschlafen wird und der Rhein-Sieg-Kreis schlussendlich vor noch größeren Problemen steht...

Gesundheit ist keine Ware

Ein weiteres ganz zentrales Thema in meinem Wahlkreis ist die mangelhafte medizinische Versorgung, vor allem durch Krankenhäuser. Gesundheit wird immer mehr zur Ware, der Mensch steht schon lange nicht mehr im Mittelpunkt, stattdessen dominieren die Jagd nach Gewinnen und der gnadenlose Wettbewerb. Das nun mittlerweile seit Jahren andauernde Gezerre um das Krankenhaus in Eitdorf ist ein trauriges Beispiel dafür. Ein Jahr nach der Privatisierung 2012 geriet das Krankenhaus in wirtschaftliche Turbulenzen. In deren Folge wurde zunächst die Geburtsstation geschlossen, kurz darauf wurde der generelle Bestand des Krankenhauses in Frage gestellt. Ich habe mich dem Protest der Bürgerinnen und Bürger vor Ort angeschlossen und fordere die Rückübernahme des Krankenhauses durch den Rhein-Sieg-Kreis. Heute gilt die Klinik zwar als saniert, jedoch blieben dabei viele Arbeitsplätze auf der Strecke und die Stationen für Geburtshilfe, HNO und Augenheilkunde sind nun dauerhaft geschlossen. Das stellt die Menschen vor Ort vor große Probleme. Nach wie vor trete ich dafür ein, dass das Krankenhaus - und nicht nur dieses - in öffentliche Hand gehört. Privatisierungen werden zu oft auf dem Rücken der Hilfe suchenden Menschen ausgetragen. Auch deshalb habe ich vor kurzem an der Bettentour der LINKE NRW teilgenommen, um auf diese Missstände aufmerksam zu machen.

Nein zur Kissinger Professur

Anlässlich seines 90. Geburtstages sollte der ehemalige US-amerikanische Außenminister und Nationale Sicherheitsberater Henry Kissinger mit einer Stiftungsprofessur an der Uni Bonn geehrt werden. Die ihm zugedachte Professur soll nach den Worten des Rektors „einen neuen Akzent auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik“ setzen. Sollte sich dieser neue Akzent auch nur geringfügig am politischen Wirken von Henry Kissinger orientieren, dann kann einem nur angst und bange werden. Kissinger werden schwerste Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen zugeschrieben, diese Vorwürfe konnten bis heute nicht ausgeräumt werden. So war er unter anderem maßgeblich an der Planung und Überwachung der Bombardements auf die neutralen Staaten Laos und Kambodscha während des Vietnamkrieges beteiligt. Heute wird angenommen, dass dabei 350.000 LaotInnen und 600.000 KambodschanerInnen getötet wurden.

Aber nicht nur der Namensgeber, auch die Finanzierung der Professur ist höchst bedenklich. Für fünf Jahre soll die Universität Bonn jährlich 250.000 Euro vom Bundesministerium der Verteidigung und 50.000 Euro aus dem Auswärtigen Amt bekommen. Dies ist einmalig in Deutschland, denn nirgendwo sonst gibt es (bisher) an einer zivilen Universität einen Lehrstuhl, der direkt vom Verteidigungsministerium finanziert wird.

Ich lehne diese Professur strikt ab und habe stattdessen eine Nelson-Mandela Professur für Friedenspolitik und Völkerrecht gefordert.

Auszug aus meiner Bundestagsrede zur Kissinger Professur vom 15.01.2015:

„Ich fasse zusammen: Dem Friedens- und Freiheitskämpfer Nelson Mandela wird eine Stiftungsprofessur seitens der Bundesregierung verweigert. Dem mutmaßlichen Kriegsverbrecher Kissinger richtet die Bundesregierung eine Stiftungsprofessur ein und finanziert sie mit jährlich 300 000 Euro Steuergeldern.

Das ist ein verheerendes Signal in Richtung globaler Süden im Hinblick auf eine stets deklarierte deutsche Friedenspolitik. Dieses Symbol sagt mehr aus als tausend feierliche Erklärungen gegenüber den Entwicklungsländern. Nämlich: Deutschland setzt auf Macht- und Gewaltpolitik und nicht auf eine zivilisierte internationale Rechtsstaatlichkeit.

Aber zumindest wurde der Bundesregierung mit der Zeit dann doch der Titel der Stiftungsprofessur peinlich. So viel Zynismus wollte man wohl dann doch nicht ausdrücken: Sollte die Stiftungsprofessur zunächst „Henry-Kissinger-Professur für internationale Beziehungen und Völkerrechtsordnung unter Berücksichtigung sicherheitspolitischer Aspekte“ heißen, so heißt sie nun: „Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur für Governance und internationale Sicherheit“.

RHEINBRÜCKE

Eine Chance für die Region

Schon seit einiger Zeit befürworte ich eine neue Rheinbrücke bei Köln-Godorf, denn diese käme vor allem den vielen PendlerInnen in der Region sehr zugute. Mit der Rheinbrücke ließe sich eine Stadtbahn von Bonn über Niederkassel nach Köln verwirklichen, deren Fahrzeit kaum mehr als 20 Minuten betrüge. Aber auch ein Güterumschlagplatz, wie er im Kreisentwicklungskonzept 2020 des Rhein-Sieg-Kreises angedacht wurde, würde davon erheblich profitieren.
Ich werte es als positives Zeichen, dass sich mittlerweile weitere politische Akteure aus der Region an den Bundesverkehrsminister gewandt haben, um diese Rheinquerung ebenfalls zu befürworten, denn damit wird die Realisierung um einiges wahrscheinlicher. Mit der Unterstützung der Oberbürgermeister von Köln und Bonn, der Landräte der Region sowie einiger weiterer Unterzeichner sollte Verkehrsminister Dobrindt deutlich werden, dass die Unterstützung für das Projekt überparteilich ist. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für weitere Schritte. Ich werde jedenfalls auch zukünftig an diesem wichtigen Projekt dranbleiben.

2 Jahre Bundestag in Zahlen

- 16 Reden im Plenum des Bundestages

- 97 Presseerklärungen

- Beteiligung und Initiation von gut 300 parlamentarischen Initiativen (Anträge, Kleine Anfragen etc.)

- Dutzende Termine im Wahlkreis

- 5 Delegationsreisen ins Ausland

- mehr als 10 Besuchergruppen aus dem Wahlkreis zu Gast in Berlin

- Teilnahme an mehr als 30 Demonstrationen, Kundgebungen und Protestaktionen

- weit mehr als 150 Interviews und Pressegespräche

- unzählbar viele Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, Genossinnen und Genossen

- 6 MitarbeiterInnen und 4 PraktikantInnen in den Büros in Berlin und Siegburg

Im Bundestag:

Dr. Alexander S. Neu
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel: 030/ 227 74328
Fax: 030/ 227 76328

Mail: alexander.neu@bundestag.de
Web: neu-alexander.de
Facebook:
https://www.facebook.com/alexander.neu.376
Twitter:
https://twitter.com/AlexanderSNeu

Im Wahlkreis:

Dr. Alexander S. Neu
Mühlenstrasse 46
53721 Siegburg

Tel: 02241/ 9714 104
Fax: 02241/ 1694 863
Mail: alexander.neu.ma04@bundestag.de